

## Aufschwunghelfer auf Zeit

**Zeitarbeit.** Die deutsche Wirtschaft wäre im Jahr 2010 deutlich langsamer aus der Krise gekommen, hätten Unternehmen nicht auf Zeitarbeitnehmer zurückgreifen können. Eine neue Studie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH zeigt: Viele Betriebe konnten nur mit dieser Schützenhilfe ihre Produktion schnell wieder hochfahren.\*)

An der Zeitarbeit scheiden sich die Geister: Während Befürworter die positiven Effekte der Zeitarbeit für die Unternehmen und den Arbeitsmarkt hervorheben, fordern die Gegner eine weitreichende gesetzliche Regulierung der Branche – weil die Unternehmen angeblich hingehen und fest Beschäftigte durch billigere Zeitarbeitskräfte ersetzen.

Wie die betriebliche Wirklichkeit mit Zeitarbeitseinsätzen tatsächlich

aussieht, hat eine Studie der IW Consult nun untersucht:

**Mehr als die Hälfte der 3.800 befragten Unternehmen hat demnach in den Jahren 2007 bis 2010 zumindest zeitweise Zeitarbeitnehmer eingesetzt. Im vergangenen Jahr war durchschnittlich jeder 25. Beschäftigte ein Zeitarbeiter.**

Das dominierende Motiv, warum Firmen auf Zeitarbeit zurückgreifen, ist die höhere personalpolitische Fle-

xibilität. Angesichts der noch immer recht starren Strukturen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bietet die Zeitarbeit den dringend benötigten personalpolitischen Spielraum. Davon profitieren insbesondere jene Unternehmen, deren Umsätze im Konjunkturverlauf überdurchschnittlich stark schwanken.

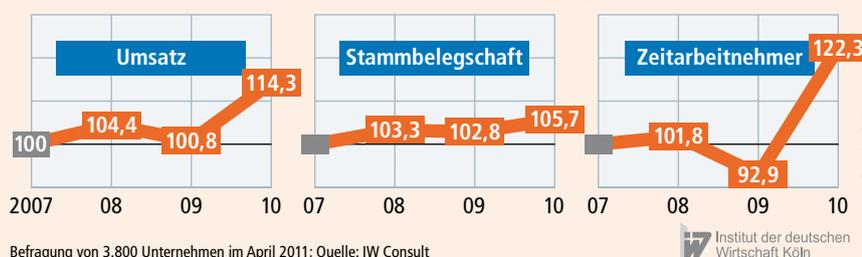
Das hat sich besonders in der vergangenen Krise gezeigt: Obwohl viele Aufträge weggebrochen sind, mussten nur wenige Unternehmen angestammten Mitarbeitern kündigen – weil sie die Zeitarbeit zurückgeschraubt haben (Grafik).

Die flexiblen Arbeitskräfte nützen den Betrieben aber nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Nach der Krise zog besonders in der Industrie die Nachfrage aus dem Ausland kräftig an – viele Unternehmen konnten ihre Produktion nur mithilfe von Zeitarbeitern schnell wieder hochfahren. Zusätzlich haben die meisten Betriebe aber auch ihre Stammebeschäftigten aufgestockt.

Somit haben die Zeitarbeiter einen großen Anteil am spürbar →

### Zeitarbeit: Klassischer Konjunkturpuffer

Unternehmen, die zumindest zeitweise Zeitarbeitnehmer beschäftigt haben, 2007 = 100



### In dieser Woche

**IW-Konjunkturumfrage:** Fast die Hälfte der westdeutschen und 41 Prozent der ostdeutschen Unternehmen sehen optimistisch in die Zukunft.  
Seite 3

**Duale Berufsausbildung:** Weil die Bewerberzahlen sinken, haben nun auch schwächere Schulabgänger Chancen auf einen Ausbildungsplatz.  
Seite 4-5

**Erneuerbare Energien:** Derzeit subventionieren die Verbraucher den Ausbau der alternativen Energien – doch es geht auch anders.  
Seite 6

**Deutsch-indischer Handel:** Der Warenaustausch floriert – allein die Exporte nach Indien haben sich in den vergangenen zehn Jahren vervierfacht.  
Seite 7

**Rundfunk:** „Dalli Dalli“, „Derrick“ und die „Schwarzwaldklinik“ machten das ZDF, das dieses Jahr seinen 50. Geburtstag feiert, berühmt.  
Seite 8

**Präsident:** Dr. Eckart John von Freyend  
**Direktor:** Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ höheren Umsatzanstieg in ihren Einsatzbetrieben. Unternehmen, die ausschließlich auf ihre Stammbeschäftigten setzten, mussten sich dagegen im vergangenen Jahr mit weniger Wachstum zufriedengeben (Grafik).

Der größere wirtschaftliche Erfolg kann nicht nur auf die Nutzung der Zeitarbeit zurückgeführt werden. Die Befragung zeigt aber: Unternehmen mit Zeitarbeitern in ihrer Belegschaft sind deutlich stärker auf den internationalen Märkten präsent, investieren mehr in Forschung und Entwicklung und bringen öfter Produktinnovationen auf den Markt. Für diese Betriebe ist eine flexible Personalplanung von besonderer hoher Bedeutung und die Zeitarbeit ein wichtiges Instrument ihrer Gesamtstrategie.

So wäre die im Jahr 2010 rasant gestiegene Nachfrage mit teuren Überstunden wohl nicht zu bewältigen gewesen. Viele exportorientierte Unternehmen hätten aus betriebswirtschaftlichen Gründen Aufträge ablehnen müssen. Dann wäre aber auch der Aufschwung in Deutschland schwächer ausgefallen:

**Die Zeitarbeitnehmer haben nach Berechnungen der IW Consult ein Siebtel des 2010er-Wachstums erwirtschaftet.**

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitarbeit geht demzufolge weit über den reinen Beschäftigungsanteil der Branche hinaus – lediglich rund 2 Prozent aller Erwerbstätigen sind Zeitarbeitnehmer.

Die Zeitarbeitsbranche bietet aber nicht nur den entleihenden Unternehmen Vorteile. Auch den Beschäftigten eröffnet ein Job in der Zeitarbeit gute Perspektiven: So wurden im vergangenen Jahr rund 14 Prozent der Zeitarbeitnehmer direkt vom Kundenunternehmen übernommen. Drei Viertel dieser Neueinstellungen wären nicht zustande gekommen, wenn die neuen Mitarbeiter nicht vorher im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung eine erste Probe ihres Könnens im Betrieb abgeliefert hätten. Ein weiteres Fünftel der Zeitarbeitnehmer hat nach ihrem Einsatz eine Stelle in einem anderen Unternehmen gefunden.

Vor allem Arbeitslose können von der Zeitarbeit profitieren – sie kom-

**Was ist Zeitarbeit?**

Zeitarbeit – oftmals auch als Arbeitnehmerüberlassung oder „Leiharbeit“ bezeichnet – ist ein erlaubnispflichtiges Gewerbe, das unter strenger Aufsicht der Bundesagentur für Arbeit steht.

Das Zeitarbeitsverhältnis selbst ist eine Dreiecksbeziehung zwischen Zeitarbeitsunternehmen, Zeitarbeitnehmer und Kundenunternehmen. Der Zeitarbeitsbetrieb überlässt dem Kunden den Zeitarbeitnehmer gegen Entgelt und zu anderen vertraglich festgelegten Bedingungen.

Obwohl der Zeitarbeitnehmer im Kundenunternehmen arbeitet, ist er bei der Zeitarbeitsfirma per Arbeitsvertrag sozialversicherungspflichtig und meist unbefristet angestellt. Den allermeisten Arbeitsverträgen liegen dabei Tarifverträge zugrunde, die die Arbeitszeit, den Kündigungsschutz, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und den Urlaubsanspruch regeln. Dem Zeitarbeitsunternehmen obliegen gegenüber seinen Beschäftigten zudem alle Haupt- und Nebenpflichten, wie sie auch für Arbeitgeber aller anderen Branchen gelten – etwa die regelmäßige Zahlung von Lohn, Steuern und Sozialabgaben.

men wieder in den Arbeitsalltag und sammeln wichtige Berufserfahrung. Das ist für viele relevant: Im ersten Halbjahr 2010 hatten rund 60 Prozent aller neu eingestellten Zeitarbeiter zuvor keinen Job. Laut Mikrozensus besitzt zudem fast ein Viertel der Zeitarbeitnehmer keine abgeschlossene Berufsausbildung – ohne die Zeitarbeit hätten diese Beschäftigten auf dem ersten Arbeitsmarkt nur sehr geringe Chancen.

Eine strenge Regulierung der Branche wäre angesichts der vielen Vorteile der Zeitarbeit daher vor allem eins: Gift für den Standort Deutschland.

**Erfolgreiche Unternehmen nutzen Zeitarbeit**

Umsatzwachstum im Jahr 2010 in Prozent

- Unternehmen, die zumindest zeitweise Zeitarbeitnehmer beschäftigt haben
- Unternehmen, die keine Zeitarbeitnehmer beschäftigt haben



Unternehmen: ohne Zeitarbeitsfirmen; Befragung von 3.800 Unternehmen im April 2011  
Quelle: IW Consult

\*) Vgl. IW Consult: Zeitarbeit in Deutschland – Treiber für Flexibilität und Wachstum, Köln 2011, Download unter [www.iwconsult.de](http://www.iwconsult.de)

# Nur wenige Störfaktoren in Sicht

**IW-Konjunkturumfrage.** Die deutsche Wirtschaft dürfte auch 2012 auf Wachstumskurs bleiben: Das IW Köln prognostiziert einen realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von deutlich mehr als 2 Prozent. Bisher sind nur wenige Störfaktoren auszumachen, die den weiteren Aufschwung gefährden könnten.\*)

Wie robust sie die Konjunkturerwicklung im Jahr 2012 einschätzen, wollte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) unlängst von 2.340 Industriebetrieben und Dienstleistern wissen. Die beruhigende Antwort (Grafik):

Knapp die Hälfte der westdeutschen und 41 Prozent der ostdeutschen Betriebe gehen von einer Fortsetzung des Aufschwungs aus. Für den anhaltenden Aufwärtstrend sprechen gleich mehrere Gründe:

- **Inlandsnachfrage.** Die zuversichtlichen Unternehmen vertrauen insbesondere auf eine starke inländische Nachfrage. Diese wird vor allem von den Investitionen getrieben: 56 Prozent der Optimisten hoffen, dass allenthalben neue Maschinen und Anlagen geordert werden.

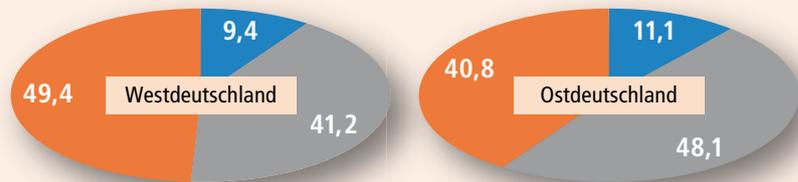
**Fast die Hälfte dieser Firmen meint, dass viele zusätzliche Jobs auch den privaten Konsum auf Trab bringen.**

- **Auslandsnachfrage.** Asien boomt, in Europa zieht die Konjunktur ebenfalls an. Das ist für die exportstarke deutsche Wirtschaft ein Treiber – 44 Prozent der zuversichtlich gestimmten Firmen glauben, dass die Weltwirtschaft auch 2012 auf Expansionskurs bleibt. Das Konjunkturbild einer breit aufgestellten

## IW-Konjunkturumfrage: 2012 bleibt alles gut

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2012 diese Geschäftsentwicklung

■ bessere ■ gleich bleibende ■ schlechtere



### Unternehmensangaben in Prozent

	Optimisten besser		Pessimisten besser	
	schlechter	schlechter	schlechter	schlechter
Gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit	56	4	8	36
Arbeitsmarkt und Inlandskonsum	48	5	10	38
Weltwirtschaftswachstum	44	7	10	44
Geopolitische Lage	17	42	2	68
Kostensituation	8	78	4	87
Finanzierungsbedingungen der Banken	6	27	3	50
Staatliche Standortbedingungen	2	25	1	45

Optimisten: Unternehmen, die davon ausgehen, dass ihre Geschäfte im Jahr 2012 besser laufen;  
Pessimisten: Unternehmen, die davon ausgehen, dass ihre Geschäfte im Jahr 2012 schlechter laufen;  
Rest zu 100: bleibt gleich oder keine Angabe; Quelle: IW-Befragung von 1.825 Unternehmen in Westdeutschland und 515 Unternehmen in Ostdeutschland im April/Mai 2011

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw22

deutschen Wirtschaft, die sowohl von der Binnendynamik als auch von der Auslandsnachfrage angetrieben wird, spiegelt sich also im Urteil der Unternehmen wider.

Einstweilen sind nur wenige Störungen der konjunkturellen Schönewetterlage auszumachen. So gehen nur knapp 10 Prozent der deutschen Unternehmen davon aus, dass sich der Aufschwung im Jahr 2012 nicht fortsetzt. Fast alle davon befürchten, dass ihnen die Kosten aus dem Ruder laufen – etwa durch steigende Rohstoffpreise. Aber auch die große Mehrheit der positiv gestimmten Betriebe sieht ein Kostenrisiko.

Dass Krisen rund um den Globus – etwa in Nordafrika oder die Naturkatastrophe in Japan – den Auf-

schwung bremsen könnten, glauben 68 Prozent der Pessimisten und immerhin 42 Prozent der Optimisten.

Die Finanzierungsbedingungen der Banken sind für die Hälfte der Unternehmen, die das Jahr 2012 argwöhnisch betrachten, ein Grund zur Sorge. Von den zuversichtlichen Firmen teilen 27 Prozent diese Meinung. Ihre Hauptsorge ist, dass die Kredite teurer werden.

Dass die Wirtschaftspolitik die Konjunkturrisiken beseitigt, denkt kaum ein Unternehmen. Nur 2 Prozent der positiv gestimmten Firmen und 1 Prozent der Pessimisten glauben, dass sich in Deutschland die Standortbedingungen verbessern.

\*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW-Forschungsgruppe Konjunktur): Solide Dynamik in einem risikobehafteten Umfeld, in: IW-Trends 2/2011

# Neue Sicht auf den Nachwuchs

**Duale Berufsausbildung.** Die demografische Entwicklung in Deutschland hat die Situation auf dem Ausbildungsmarkt gedreht. Ging es in den vergangenen Jahren vorrangig darum, für alle Bewerber eine Lehrstelle zu finden, haben viele Unternehmen mittlerweile Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Sie haben meist schlechte Startchancen: Jugendliche ohne Schulabschluss, junge Migranten sowie Jungen und Mädchen mit Lernbeeinträchtigungen. Um genau diese Schulabgänger will sich nun der dritte Ausbildungspakt, eine Initiative von Wirtschaft und Politik, verstärkt kümmern (Kasten).

Hintergrund dafür ist, dass die Bewerberzahlen zurückgehen. Bundesweit sank die Zahl der jungen Leute, die sich um eine Lehrstelle bemühten, seit 2007 um mehr als ein Viertel; in Ostdeutschland hat sich ihre Zahl sogar halbiert. Und so ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt aus Bewerbersicht inzwischen recht erfreulich (Grafik):

**Ende September 2010 gab es noch 19.500 unbesetzte Berufsausbildungsstellen, denen lediglich 12.250 unversorgte Bewerber gegenüberstanden.**

In vielen Betrieben herrscht bereits Lehrlingsnotstand, wie der IW-Qualifizierungsmonitor zeigt: Demnach hatte 2010 deutlich mehr als die Hälfte der ausbildenden Unternehmen Probleme bei der Rekrutierung von Auszubildenden.

Der aktuelle Ausbildungspakt setzt deshalb vor allem darauf, möglichst viele junge Leute fit zu machen für den Berufseinstieg. Um dies zu schaffen, sind erstmals auch zwei neue Partner mit von der Partie:

- Die Bundesländer – vertreten durch die **Kultusministerkonferenz** – wollen die Berufsorientierung an den Schulen weiter ausbauen, indem Jugendliche mit Migrationshintergrund extra gefördert, lokale Partnerschaftsnetzwerke ausgebaut und systematische Potenzialanalysen durchgeführt werden. Vor Ort sollen so potenzielle Problemerkandidaten

## Ausbildungspakt

Als die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Wirtschaft 2004 den ersten „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ schlossen, gab es ein klares Ziel: ausreichend Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Jedes Jahr sollten die Betriebe 30.000, im zweiten Ausbildungspakt dann 60.000 neue Lehrstellen anbieten.

Trotz des Wirtschaftseinbruchs 2009 konnten die Partner eine positive Bilanz des Ausbildungspakts ziehen. Und auch im aktuellen dritten Pakt, der im Oktober 2010 unterzeichnet wurde und der bis 2014 läuft, verspricht die Wirtschaft wieder, 60.000 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich einzurichten.

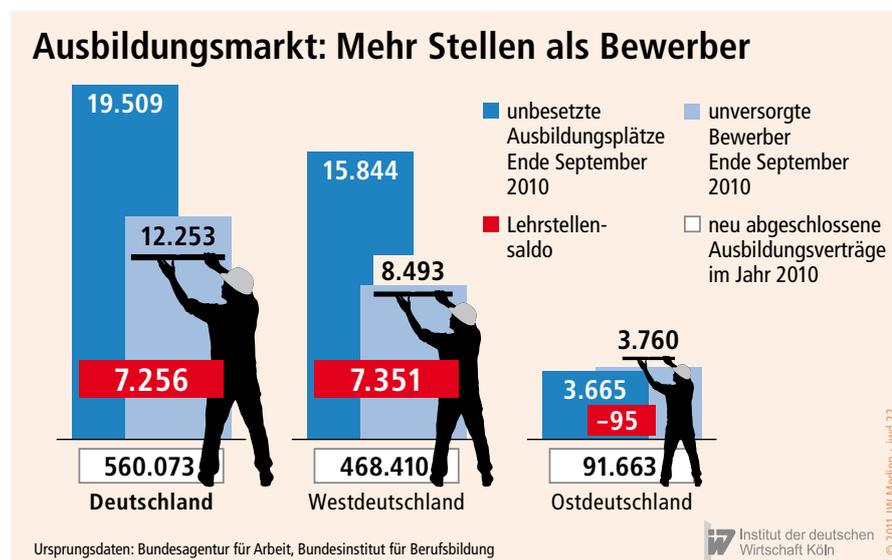
Doch das Hauptaugenmerk liegt inzwischen auf der Nachwuchssicherung. Viele Betriebe können aufgrund der sinkenden Bewerberzahlen ihre Ausbildungsplätze nicht mehr ohne weiteres besetzen: Der Mangel trifft dabei nicht nur das Gastgewerbe, das Handwerk und die Bauwirtschaft, sondern auch die Industrie; selbst Banken und Versicherungen haben mittlerweile Schwierigkeiten, für alle Ausbildungsplätze qualifizierte Aspiranten zu finden.

früher identifiziert und gezielt gefördert werden.

- Auch die **Migrationsbeauftragte der Bundesregierung**, Maria Böhmer, setzt sich dafür ein, dass der Ausbildungsmarkt Jugendliche mit fremden Wurzeln besser integriert.

Die etablierten Paktunterzeichner haben sich ebenfalls wieder viel vorgenommen:

- Die **Bundesregierung** startet eine Bildungsketten-Initiative, bei der rund 30.000 förderungsbedürftige Kinder ab der siebten Klasse mithilfe von Berufseinstiegsbegleitern in die Ausbildung finden. Außerdem soll die Bundesverwaltung die Ausbildungsquote von 7 Prozent halten



und mehr Ausbildungsverträge mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund abschließen.

- Wie schon in den Vorjahren strebt die **Wirtschaft** auch im Rahmen des neuen Pakts die Schaffung von jährlich 60.000 neuen Ausbildungsplätzen und 30.000 betrieblichen Einstiegsqualifizierungen an. Zusätzlich sollen 10.000 „Einstiegsqualifizierungen Plus“ zur Förderung benachteiligter Jugendlicher angeboten werden.
- Die **Bundesagentur für Arbeit** will Jugendliche bei der Berufsorientierung künftig noch besser beraten. Zudem sollen ausbildungsbegleitende Hilfen ausgebaut und die Ausbildungsförderung betriebsnäher gestaltet werden.

Die Chancen, all diese Ziele zu erreichen, stehen gut: Die Betriebe stehen den schwächeren Bewerbern grundsätzlich offen gegenüber. So geben etwa viele Großunternehmen bereits seit Jahren benachteiligten Jugendlichen eine Chance, indem sie spezielle Einstiegsprogramme anbieten. Bewährt haben sich vor allem Einstiegsqualifizierungen, die für viele Teilnehmer in den Abschluss eines Ausbildungsvertrags münden. Fast ein Viertel aller Unternehmen setzt dieses Instrument mittlerweile gezielt ein, um Auszubildende zu rekrutieren.

Doch auch im Rahmen der Ausbildung selbst unterstützen viele Betriebe den Nachwuchs zusätzlich (Grafik):

**Mehr als ein Drittel der Unternehmen bietet Nachhilfe und betriebsinternen Stützunterricht für seine Auszubildenden an, um sie erfolgreich zum Abschluss zu führen.**

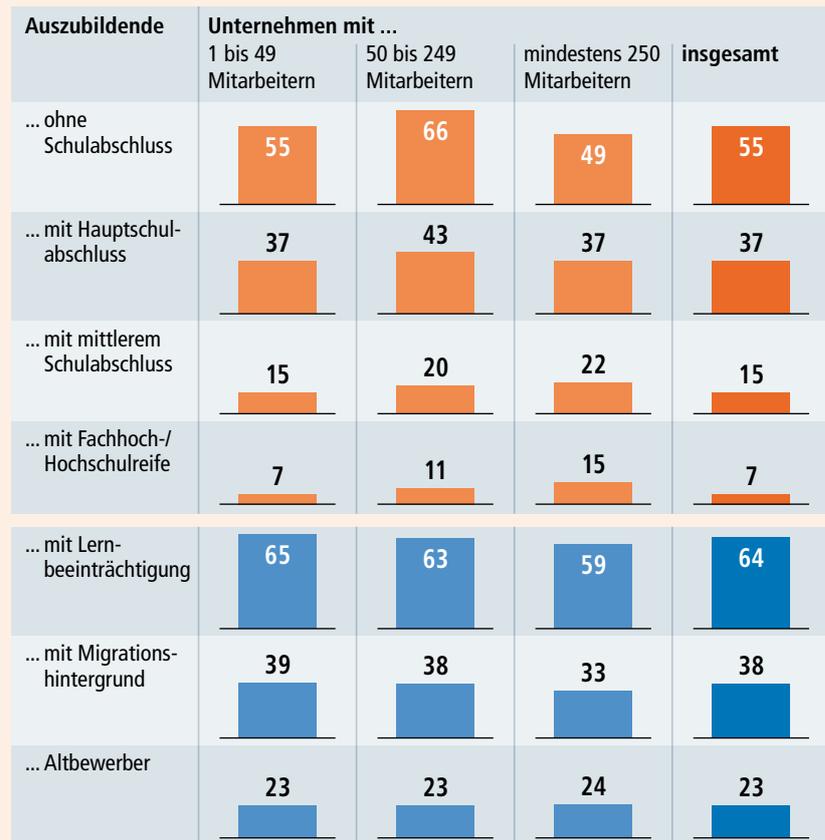
Besonders häufig bekommen lernbeeinträchtigte Jugendliche und Auszubildende ohne Schulabschluss

Extra-Unterricht durch den Betrieb. Für die Unternehmen ist dieses Zusatztraining mit zum Teil erheblichen Kosten verbunden, die aus Sicht der

Firmen durch eine verbindliche externe Unterstützung – zum Beispiel ein Coaching der Ausbilder im Betrieb – abgedeckt werden sollten.

## Duale Berufsausbildung: Viele Betriebe helfen beim Lernen

So viel Prozent der Unternehmen, die entsprechende Jugendliche ausbilden, fördern ihren Nachwuchs mit Nachhilfe oder betriebsinternem Stützunterricht, um den Ausbildungserfolg zu sichern



Befragung von 1.782 Unternehmen im August/September 2010  
Quelle: IW-Qualifizierungsmonitor

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwed 22

+ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin

## JUNIOR-Bundeswettbewerb 2011: Ein Ticket nach Oslo

Wer wird bestes JUNIOR-Unternehmen 2011? Die Schülerfirma, die ein Hörbuch zum Thema Umweltschutz anbietet? Oder das Jungunternehmen, das den privaten Stromverbrauch misst und Vorschläge für alternative Anbieter bereithält?

Beim JUNIOR-Bundeswettbewerb am 16. Juni in Köln werden insgesamt 15 Teams gegeneinander antreten. Die Jungen und Mädchen müssen ihre Geschäftsidee nicht nur auf der Bühne präsentieren, sondern sich auch den kniffligen Fragen der Jury stellen, die u. a. aus dem Direktor des IW Köln, Michael Hüther, dem AXA-Vorstandsmitglied Markus Hofmann sowie dem Vorstandssprecher der Deloitte-Stiftung, Wolfgang Grewe, besteht. Das Siegerteam darf dann im August zum JUNIOR-Europafinale nach Oslo reisen.

Weitere Information: [www.juniorprojekt.de](http://www.juniorprojekt.de)

# Versteigern statt garantieren

**Erneuerbare Energien.** Die alternative Stromproduktion kostet die Verbraucher viel Geld. Denn die für erneuerbare Energien gezahlten Einspeisevergütungen werden auf den Strompreis umgelegt. Dabei wäre die gewünschte Energiewende durchaus billiger zu haben – etwa wenn der Staat die Bezugsrechte für die Einspeisevergütung versteigern würde.

Sonne, Wind, Wasser und Co. sind für eine zukünftige nachhaltige Energieversorgung unverzichtbar. Diese Quellen technologisch zu erschließen, ist nicht das Problem – Deutschland ist da sogar Vorreiter. Gleichwohl ist der aus erneuerbaren Energiequellen gewonnene Strom nicht gerade günstig, denn er wird kräftig subventioniert (Grafik):

**Zwischen 2000 und 2011 haben staatliche Vorgaben zu einer Nettoförderung der erneuerbaren Energien in Höhe von rund 50 Milliarden Euro geführt.**

Allein 2011 fließen 12 Milliarden Euro über Einspeisevergütungen, die Förderung der Eigenproduktion und weitere Maßnahmen an die Anbieter von Ökostrom.

Dabei ließe sich die Verbreitung der alternativen Energien auch durch günstigere Marktinstrumente beschleunigen.

Deutschland betreibt mit der Einspeisevergütung ein preisorientiertes System. Es zahlt Anlagebetreibern für den erzeugten Strom einen über dem Marktpreis liegenden Festpreis. Zwar hat die Förderung zu mehr Strom aus erneuerbaren Quellen geführt; gleichwohl gilt es, die Kostenbelastung für die Verbraucher zu

## Milliarden für die Energiewende

Nettoförderung für in Deutschland produzierten Strom aus erneuerbaren Energien in Millionen Euro



begrenzen, wenn noch mehr Strom auf diese Art produziert werden soll.

Eine mögliche Alternative ist ein Quotensystem. Dabei muss der Netzbetreiber einen bestimmten Anteil seines Stromangebots aus erneuerbaren Energien einspeisen. Der Abnahmepreis wird nicht durch gesetzlich festgelegte Einspeisetarife bestimmt, sondern über den Markt geregelt. Damit ließe sich viel Geld sparen: Ein europaweites, technologieneutrales Quotensystem könnte die Kosten der EU-weiten Förderung erneuerbarer Energien gegenüber dem preisorientierten System um rund ein Viertel reduzieren.

Aber auch die Einspeisevergütung ließe sich kostengünstiger realisieren, indem der Staat die Vergütungssätze schneller absenkt und die Förder-summe für neue Anlagen deckelt.

Mit einer Kombination aus beiden Systemen könnte die öffentliche Hand zudem die Belastungen für die Stromkunden begrenzen und kalkulierbar machen. Die Anlagenbetreiber wären dann stärker zu wirtschaftlichem Handeln gezwungen,

damit sie ihren Strom zu einem Preis anbieten können, den die Verbraucher auch zu zahlen bereit sind.

Eine weitere Alternative wäre die Versteigerung der Einspeisevergütung. Dabei würden Produzenten von Strom aus alternativen Energien das Recht ersteigern, über einen bestimmten Zeitraum die gesetzlichen Fördersätze zu erhalten. Die Hersteller von Windkraft-, Solaranlagen etc. könnten bei den Auktionen ebenfalls zum Zuge kommen und dann ihre Technologien zusammen mit dem Bezugsrecht für Einspeisevergütungen für maximal 20 Jahre an die Stromfirmen verkaufen.

Die Nettoförderung ergäbe sich aus der Differenz zwischen Fördersatz und Bezugskosten – letztere würden über den Auktionsprozess am Markt bestimmt. Dies würde übermäßige Renditen der Anlagenbetreiber und -hersteller verhindern und den Wettbewerb um kosteneffiziente Technologien steigern.

\*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter [www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

# Viel Potenzial für gute Geschäfte

**Deutsch-indischer Handel.** Noch ist die größte Demokratie der Welt für Deutschland nur ein kleiner Handelspartner – doch mit fast zweistelligen Wachstumsraten und 1,2 Milliarden Einwohnern entwickelt sich Indien zum potenziellen Großabnehmer für deutsche Qualitätsprodukte.

Dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um real etwa 3½ Prozent wachsen kann, ist auch dem dynamischen Außenhandel zu verdanken – die Exporte dürften 2011 preisbereinigt um 11 Prozent zulegen (vgl. iwD 21/2011).

Vor allem in den emporstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern sind Waren aus Deutschland zunehmend gefragt. Dies gilt auch für Indien, dessen Wirtschaft seit 2005 im Jahresschnitt um 8,6 Prozent gewachsen ist. Längst handeln deutsche Firmen nicht nur mit indischen Partnern, sondern investieren auch vor Ort:

- **Handel.** Der Warenaustausch expandierte zuletzt kräftig:

Die deutschen Warenexporte nach Indien sind zwischen 2000 und 2010 im Jahresdurchschnitt um 16 Prozent auf zuletzt 9,3 Milliarden Euro gestiegen – damit haben sie sich insgesamt mehr als vervierfacht.

Im deutschen Kundenranking rangiert der südasiatische Staat immerhin schon auf Platz 21. Und noch ist viel Luft nach oben, denn im Jahr 2010 ging lediglich 1 Prozent aller deutschen Ausfuhren nach Indien. Zum Vergleich: Der größte Abnehmer, Frankreich, bezog mehr als 9 Prozent der deutschen Exporte.

Bei den Importen stand Indien im vergangenen Jahr auf Rang 26 der Lieferantenliste – mit Einfuhren im Wert von 6,2 Milliarden Euro. Bis zu chinesischen Verhältnissen ist es aber noch weit – aus dem Reich der Mitte bezog die Bundesrepublik Produkte für 77 Milliarden Euro.

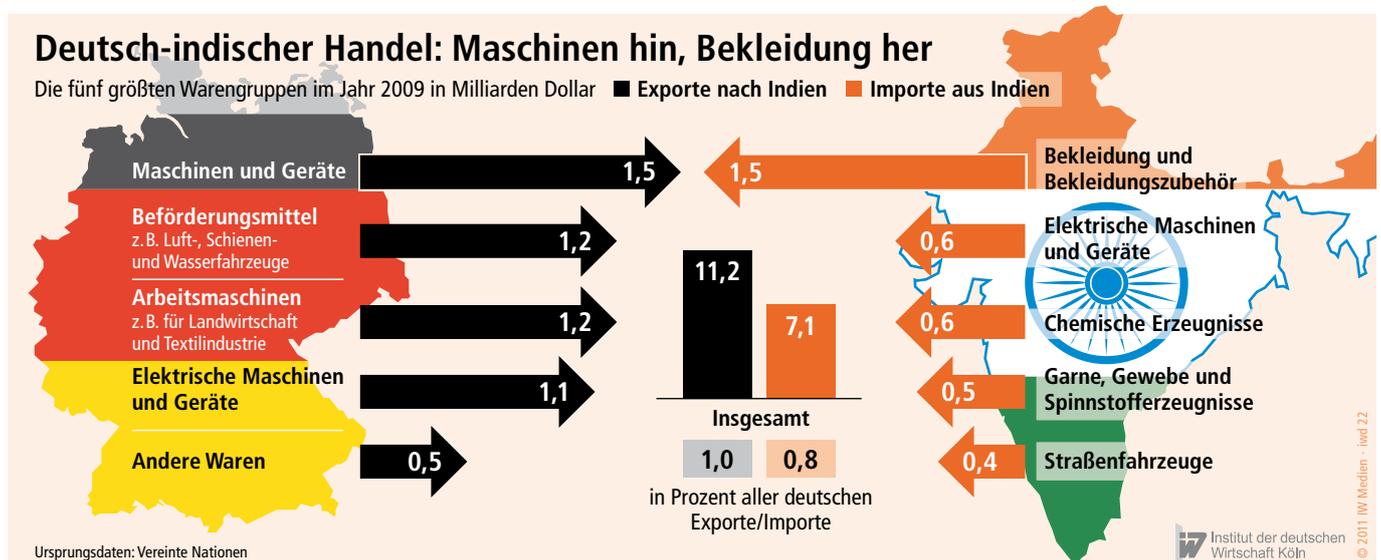
Deutschland und Indien profitieren von den jeweiligen Stärken des Handelspartners, wie der Blick auf die ge- und verkauften Waren zeigt (Grafik):

Deutschland exportiert vor allem Maschinen und Fahrzeuge nach Indien, während von dort in erster Linie Textilien und Bekleidung kommen.

Doch das Schwellenland verkauft längst nicht mehr nur arbeitsintensive Produkte – nach Deutschland gehen auch chemische Erzeugnisse und Elektrogeräte.

- **Direktinvestitionen.** Das von deutschen Unternehmen in Indien angelegte Kapital hat sich zwischen 2006 und 2009 mehr als verdoppelt – auf 5,8 Milliarden Euro. Ende 2009 waren deutsche Firmen an gut 360 indischen Unternehmen beteiligt oder hatten auf dem Subkontinent eigene Tochtergesellschaften, die zusammen mit fast 170.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von rund 14 Milliarden Euro erzielten.

Auch bei den Direktinvestitionen ist das Potenzial noch längst nicht ausgeschöpft. So haben sich deutsche Firmen in anderen aufstrebenden Staaten wie in Russland, Brasilien oder China deutlich stärker engagiert.



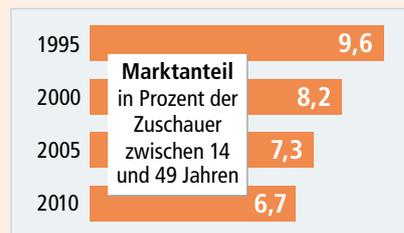
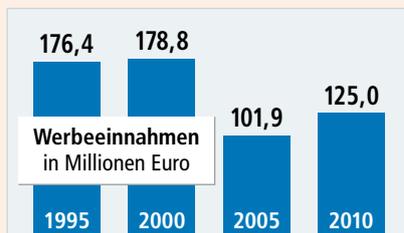
# Quotentief trotz Gebührenhoch

**Rundfunk.** Das ZDF feiert 2011 seinen 50. Geburtstag. Mit einigen Formaten hat der Sender Fernsehgeschichte geschrieben. Doch immer wieder musste das Zweite Deutsche Fernsehen auch Krisen bewältigen. Derzeit kämpft es vor allem um die Gunst der jungen Zuschauer.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gab es anfangs nur die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“, kurz ARD. Doch schon am 6. Juni 1961 unterzeichneten die westdeutschen Bundesländer den ZDF-Staatsvertrag.

In wenigen Jahren zog das Zweite in Sachen Zuschauerzahlen mit dem Ersten gleich. Besonders punkten konnte der Sender in der Sparte Unterhaltung – so beispielsweise mit Spielshows wie „Dalli Dalli“ und Krimiserien à la „Derrick“. Absolute Top-Quoten erzielte in den 1980er

## ZDF Mehr Gebühren, weniger Zuschauer



2010: vom ZDF veranschlagte Werte; Quelle: ZDF Medienforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - iwvd 22

Jahren die „Schwarzwaldklinik“, die bis zu 60 Prozent aller Zuschauer sahen. Allerdings beendete die Zulassung des privaten Rundfunks Mitte der 1980er Jahre dann den Höhenflug des ZDF:

**Die Werbeeinnahmen halbierten sich allein zwischen 1990 und 1995 von gut 360 Millionen auf 176 Millionen Euro pro Jahr.**

Für Sportrechte musste das Zweite im nun hart umkämpften Markt außerdem bis zu zehnmal mehr ausgeben als früher.

Die steigenden Rundfunkgebühren konnten dies nur zum Teil abfedern und der Sender musste sparen – so sank die Zahl der Beschäftigten zwischen 1993 und 2001

von mehr als 4.100 auf nur noch knapp 3.550 Festangestellte. Und obwohl die Mitarbeiterzahl seither stabil geblieben ist und dem ZDF – vor allem dank der Gebühreneinnahmen – mehr Geld zur Verfügung steht, drängt ein anderes Problem. Dem Sender fehlen die jungen Zuschauer (Grafik):

**Der Marktanteil in der werberelevanten Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen liegt unter 7 Prozent.**

Diese Altersgruppe versucht der Sender nun mit neuen Digitalkanälen wie ZDFneo zu erreichen. Mit Internetportalen will er gezielt die 14- bis 29-Jährigen zurückgewinnen – zuletzt schalteten von ihnen nur noch 3,8 Prozent das Zweite ein.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistent:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.